Beschluss Take back the money: Umverteilung ist Feminismus

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Hamburg
Beschlussdatum:	06.06.2026
Tagesordnungspunkt:	TOP 3 Leitantrag

Antragstext

Umverteilung ist Feminismus

Wieso brauchen wir materialistischen Feminismus?

FLINTA* besitzen weltweit nur 35%-40% des Vermögens. Sie verdienen weniger, bekommen weniger Rente und leisten mehr unbezahlte Care-Arbeit. Altersarmut bedroht FLINTA* stärker und viele FLINTA* Leben in finanzieller Abhängigkeiten ihrem Partner*innen.

Wir, die GRÜNE JUGEND Hamburg, erkennen an, dass Feminismus materialistisch sein muss: Die finanzielle Perspektive ist wichtig - vor Missbrauch und häuslicher Gewalt können sich nur FLINTA* schützen, die sich das leisten können. Und in einem Staat, wo gerade soziale Absicherungen wie das Bürgergeld zurückgebaut werden, Renten unsicher sind und es nicht annähernd genug Frauenhausplätze gibt, ist es vielen FLINTA* nicht möglich, sich selbst finanziell abzusichern. Deswegen schließen wir uns klassischen materialistisch-feministischen Forderungen wie Gleicher Lohn für gleiche Arbeit an.

Allerdings braucht es mehr als das, um tatsächliche Gleichberechtigung zu schaffen: Es braucht Umverteilung.

Der Kapitalismus und das Patriarchat - eine Lovestory

Der Kapitalismus funktioniert nur, indem er Arbeit nicht gerecht entlohnt. Das gilt für Arbeitende in Fabriken und auf dem Bau genauso wie für Büroangestellte und Kellner*innen. Es gibt aber eine Gruppe, die für ihre Arbeit gar nicht bezahlt wird: FLINTA*, die Care-Arbeit leisten. Den Haushalt schmeißen, Familienmitglieder umsorgen und Kinder großziehen, sind nur ein paar prominente Beispiele der gesamten geleisteten Arbeit.

Ohne diese unsichtbare Care-Arbeit wäre eine Gesellschaft wie unsere nicht vorstellbar. Durch die Ausbeutung und strukturelle Herabwürdigung von FLINTA* können Männer weiterhin bequem Spitzenposten in Politik und Wirtschaft für sich beanspruchen und nichts gegen Gewalt an FLINTA* ändern. Nur dadurch, dass Mütter zuhause bleiben, können cis Männer Vaterschaft und Beruf nicht nur vereinbaren, sondern gleichzeitig ihre Karriere ausbauen.

Gleichzeitig ist nicht genug Geld in öffentlichen Haushalten da, um zum Beispiel genug Frauenhausplätze zu sichern? Wir sagen: Das geht so nicht!

Umverteilung für die Geschlechtergerechtigkeit

Wir brauchen endlich tatsächliche Umverteilung von Geld und Macht. Wir fordern eine Vermögens- und eine Erbschaftssteuer, die eine Akkumulation von riesigen

Vermögen verhindern. Der Gender-Pay-Gap und der Gender-Wealth-Gap müssen durch effektive Gesetze und Regulationen geschlossen werden.

Gerecht verteiltes Vermögen ist wichtig für das Überleben unserer Demokratie und der einzige Weg zu tatsächlicher Geschlechtergerechtigkeit.

Take back the money!

Wer Umverteilung will, muss Steuergerechtigkeit durchsetzen!

Deutschland ist ein Hochsteuerland für Arbeit, aber ein Niedrigsteuerland für Reiche. Während Einkommen aus Erwerbsarbeit stark belastet wird, werden große Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträge privilegiert behandelt. In einer Zeit, in der politische Debatten fast nur noch um Kürzungen im Sozialsektor kreisen, zeigt das sehr deutlich, wo die Loyalität der schwarz-roten Bundesregierung liegt. Das ist ungerecht!

Rund 5.000 Menschen besitzen in Deutschland mehr als ein Viertel des gesamten Vermögens. Diese extreme Konzentration von Reichtum ist politisch gewollt und wird steuerlich abgesichert. Deshalb sagen wir klar: Die Vermögensteuer muss wieder eingesetzt werden. Nicht irgendwann, sondern jetzt. Seit 1997 sind dem deutschen Staat 380 Milliarden Euro entgangen. Geld, das unser Gemeinwesen dringend braucht und das uns nach unserer Verfassung zusteht.

Doch eine Vermögensteuer allein reicht nicht, wenn Reiche einfach ins Ausland abwandern können, um der Besteuerung zu entgehen. Wir fordern daher eine Wegzugssteuer nach norwegischem Vorbild. In Norwegen wird das aufgestellte Vermögen bei Wegzug ins Ausland fällig besteuert, als ob es verkauft worden wäre. Deutschland muss diesem Beispiel folgen. Keine Steuerflucht durch Umzug ins Ausland!

Auch die Erbschaftsteuer braucht eine grundlegende Reform. Große Vermögen werden über Stiftungen, Unternehmensstrukturen und Ausnahmeregeln weitgehend steuerfrei weitergegeben. Mittlere Vermögen und die untere Oberschicht werden zur Kasse gebeten, die Superreichen hingegen nicht. Wer 10 Wohnungen erbt, zahlt Erbschaftsteuer. Wer 300 Wohnungen erbt, zahlt in der Regel nichts. Warum? Weil 300 Wohnungen als Wohnungsunternehmen gelten. So werden sehr reiche Haushalte begünstigt und bestehende Ungleichheiten zementiert. Das ist absurd und schlimmer noch, vom Gesetz gewollt und gefördert.

Im letzten Jahr wurde die höchste absolute Erbschaftsteuer in der Geschichte der Bundesrepublik fällig. Es kam jedoch nur dazu, weil die Unternehmerfamilie Thiele ihre Familienstiftung zu spät errichtet hatte. Die meisten deutschen Superreichen schaffen das aber rechtzeitig. Familienstiftungen müssen deshalb in die Erbschaftsteuer einbezogen werden. Steuerprivilegien für große Erbschaften müssen beendet werden.

Die Kapitalertragsteuer stabilisiert dieses ungerechte System weiter. 25 Prozent für alle Renditen, pauschal. Ganz egal, ob jemand 1.000 Euro oder Milliarden an Kapitalerträgen erzielt. Während Arbeit progressiv besteuert wird, gilt für Kapital eine Flat Tax. Das ist ein politischer Skandal! Wir fordern eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen analog zur Einkommensteuer. Wer

Millionen oder Milliarden an Renditen bezieht, muss höhere Beiträge leisten als jemand, der nur wenige tausend Euro erzielt.

Sozialabgaben müssen auf alle Einkommensarten erhoben werden, egal ob aus Arbeit, Kapital, Vermögen oder Erbschaft. Derzeit werden viele Einkünfte aus Vermögen und Kapital von Sozialabgaben befreit, während Arbeit doppelt belastet wird: durch Steuern und Sozialbeiträge. Wie immer leisten die reichsten Menschen der Gesellschaft ihren Anteil nicht.

Keine gerechte Steuerpolitik ohne intersektionalen Feminismus

Diese steuerpolitische Schieflage ist auch eine Frage von Geschlechtergerechtigkeit. Von Vermögensprivilegien profitieren vor allem Männer, während FLINTA*-Personen im Durchschnitt weniger Vermögen besitzen, seltener erben und häufiger von Altersarmut betroffen sind. Eine linke und feministische Steuerpolitik muss diese Ungleichheit benennen und bekämpfen.

Zu einer ernsthaften feministischen Steuerpolitik gehört auch eine sozialverträgliche Abschaffung des Ehegattensplittings. Dieses Modell hält insbesondere Frauen in finanziellen Abhängigkeiten, zementiert ungleiche Erwerbsverhältnisse und verhindert eigenständigen Vermögensaufbau. Es ist kein Zufall, dass Altersarmut vor allem Frauen betrifft. Ein Steuermodell das ein Familienmodell der 50er Jahre fördert, hat in einer emanzipatorischen Gesellschaft keinen Platz.

Und warum steht hier immer noch „Frauen“? Das Steuerrecht kennt jenseits von Männern und Frauen bislang nichts. Das Steuerrecht muss im 21. Jahrhundert ankommen und anerkennen, dass es Geschlechtsrealitäten jenseits der binären Einteilung gibt.

Zum Abschluss darf nicht fehlen das Steuergerechtigkeit auch bedeutet, den Alltag gerechter zu machen. Menstruationsprodukte sind notwendig und dürfen nicht länger mit zusätzlichen finanziellen Hürden belastet werden. Wir fordern ihre vollständige steuerliche Entlastung und perspektivisch die Kostenübernahme durch die Krankenkassen.

Unsere Forderungen sind klar:

- Das Wiedereinsetzen einer wirksamen Vermögensteuer.
- Eine grundlegende und gerechte Reform der Erbschaftsteuer.
- Die Einführung einer progressiven Besteuerung von Kapitalerträgen.
- Sozialabgaben auf alle Einkommensarten.
- Die sozialverträgliche Abschaffung des Ehegattensplittings.
- Die Abschaffung der Geschlechterbinarität im Steuerrecht.
- Die vollständige steuerliche Entlastung von Menstruationsprodukten.

Wer ernsthaft über Umverteilung spricht, darf bei der Steuerpolitik nicht ausweichen. Es geht um Macht, um Gerechtigkeit und darum, wessen Leben wir politisch verbessern wollen.

Begründung

Erfolgt mündlich